

Heute

US-Konjunktur Neue Angaben über Teuerung in den USA

In Washington wird heute die US-Inflationsrate für den Monat September bekannt gegeben.

Zwischenbilanz 3,2,1 ...Gutes Ergebnis – oder keins

Der Onlinehändler eBay veröffentlicht heute in San Francisco seine Quartalszahlen.

www.volksblatt.li

Freiheitsabkommen Schweiz und Chile verhandeln neu

SANTIAGO DE CHILE Das Ende 2004 in Kraft getretene Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und Chile für die Bereiche Dienstleistungen und Industrie soll auf beidseitigen Wunsch erneuert werden. Eine entsprechende Erklärung haben Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann, sein chilenischer Amtskollege Pablo Longueira sowie Chiles Aussenminister Alfredo Moreno am Montag anlässlich ihres Treffens in Santiago de Chile abgegeben. Auch das Thema Agrarwirtschaft wurde bei den Gesprächen angeschnitten. Die chilenische Regierung zeigte überdies Interesse am Schweizer Know-how betreffend Tunnelbau. Dieses will Chile nutzen, um eigene Projekte in den Anden zu verwirklichen. Das Freihandelsabkommen mit Chile hat auch Gültigkeit für die gemeinsam mit der Schweiz zur Europäischen Freihandelsassoziation EFTA gehörenden Staaten Liechtenstein, Norwegen und Island. (sda)

Britische Teuerung Inflation wieder auf Rekordhoch

LONDON Die Inflationsrate in Grossbritannien ist im September auf das zuletzt im September 2008 vermeldete Rekordhoch von 5,2 Prozent gestiegen. Grund dafür seien vor allem gestiegene Energiekosten. Im August waren die Konsumentenpreise um 4,5 Prozent gestiegen. (sda)

Euroschuldenkrise Bank of America hart getroffen



Bank of America. (Foto: EPA)

NEW YORK Die Euroschuldenkrise trifft die Bank of America mit voller Wucht. Der Problemfall unter den US-Grossbanken musste im dritten Quartal einen Verlust in seinem wichtigen Investmentbanking hinnehmen. Im Gesamtkonzern resultierte ein Gewinn. Besonders hart traf es das einst so einträgliche Geschäft mit Anleihen, Währungen und Rohstoffen - es kam beinahe zum Erliegen, weil sich die Investoren mit ihren Geldanlagen sehr zurückhalten. (sda)

Daniel Sigrist: «Egal, was der Staat tut: Es muss glaubwürdig sein»

Finanzmarktregulierung Die im Rahmen von Basel III erlassenen Richtlinien sollen insbesondere systemrelevante Banken besser gegen Krisen absichern. Daniel Sigrist referierte gestern über deren Hintergründe und Entstehungsgeschichte.

VON MARTIN HASLER

Im Rahmen des Wirtschaftspolitischen Seminars Alpenrhein luden die Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik der HTW Chur und die Konjunkturforschungsstelle der Universität Liechtenstein gestern Abend Daniel Sigrist nach Vaduz ein. Er sprach zu einem kleinen Kreis über das Thema «Bankenregulierung in Krisenzeiten» und zeigte auf, wie Basel III (siehe Kasten) die Welt von einer erneuten Finanzkrise schützen soll und welche Punkte noch anzugehen sind. Sigrist war unter anderem für die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht tätig und leitete die Umsetzung von Basel II in der Schweiz. Derzeit führt er bei der Deloitte AG die Abteilung «Financial Risk Management».

Den Hauptgrund für die jetzige Finanzkrise ortete der Referent im Übergang von traditionellen Hypotheken zu risikobehafteten Krediten, die zu komplexen Paketen geschnürt und an andere Banken weiterverkauft wurden. «Solange ein System funktioniert, sind sie nicht daran interessiert, welche Risiken sie eingehen», umriss Sigrist die dahinter verborgene Mentalität. Die Basel-II-Richtlinien, welche schon damals in Kraft waren, hätten diese Praxis nicht unterbinden können, da sie in einem anderen Umfeld zustande gekommen seien. Der Fall einer Grossbank wie der UBS sei zu dieser Zeit schlicht undenkbar gewesen. Die Massnahmen hätten sich auf andere Bereiche konzentriert und die Höhe, nicht aber die Beschaffenheit von Eigenkapital festgelegt. Das Thema Liquidität sei vollständig ausgespart worden.

«Es darf kein Zweifel daran bestehen, dass die Situation unter Kontrolle ist.»

DANIEL SIGRIST
REFERENT

Entschlossenes Handeln gefragt

Als es dann zur Krise gekommen sei, hätte sich gezeigt, dass die Banken gegen die eingegangenen Risiken nicht gefeit waren - und von den Staaten gerettet werden mussten. Si-



Carsten Schlag, Leiter der Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein, und Referent Daniel Sigrist, der die Hintergründe und Ziele der Basel-III-Richtlinien erläuterte. (Foto: Nils Vollmar)

grist zeigte auf, welche Punkte bei solchen Reaktionen zu beachten sind. «Egal, was der Staat tut: Es muss glaubwürdig sein», lautet seine Grundregel. Weiter führte er aus: «Die Verantwortlichen müssen so massiv reagieren, dass kein Zweifel daran besteht, dass sie die Situation unter Kontrolle bringen.» Im Fall der UBS sei dies in der Schweiz gelungen.

In diesem Umfeld seien die Basel-III-Richtlinien zustande gekommen. Die lange Umsetzungsfrist bis 2019 begründete Daniel Sigrist damit, dass die Verantwortlichen im Spannungsfeld zwischen wirksamer Finanzmarktregulierung und fragilem

Aufschwung gehandelt hätten. Dabei hätten sie versucht, einige Lücken von Basel II zu schliessen. Neu gebe es nicht nur quantitative, sondern qualitative Vorschriften zur Eigenmittelbasis: «Das Kapital einer Bank muss werthaltig sein und Verluste decken können.» Zudem seien Aspekte wie Anreize und Liquidität angegangen worden. Dennoch verbleiben Handlungsfelder, so Sigrist. Diese sieht er einerseits im Ausbau der internationalen Zusammenarbeit zwischen den Aufsichtsbehörden, andererseits in den Zusatzverpflichtungen für systemrelevante Banken. Auch was die Umsetzung in allen beteiligten Staaten betrifft, zeigte sich Daniel Sigrist skeptisch: Denn Basel III sei völkerrechtlich nicht bindend und von der nationalen Gesetzgebung abhängig.

BASEL III

Krisenresistenz durch mehr Eigenkapital

Der Basler Ausschuss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hat 2010 die Basel-III-Richtlinien beschlossen. Diese sehen vor, durch kontinuierlich umzusetzende Schritte Banken vor Krisenereignissen zu schützen. Die Massnahmen setzen sowohl auf der Ebene einzelner Banken als auch auf Systemebene an. Sie umfassen unter anderem eine bessere Eigenkapitalunterlegung sowie Anpassungen des Liquiditäts- und Risikomanagements. Geänderte Regeln gelten für systemrelevante Banken (SIFIs).

Gewerkschaften fordern klare Sprache des Bundesrates zu Wechselkurs

Franken schwächen Für die Gewerkschaften kann das Problem des starken Frankens nicht durch Massnahmen bei den Arbeitnehmern gelöst werden. Sie fordern Bundesrat und Arbeitgeber auf, Hand zu bieten für einen festen Euro-Wechselkurs von mindestens 1.40 Franken.

Wegen der Überbewertung des Frankens beginne es für die Schweizer Wirtschaft zunehmend kritisch zu werden, erklärte Paul Rechsteiner, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), am Dienstag an einer Medienkonferenz in Bern. Er warnte vor «massiven Arbeitsplatzverlusten», sollten Behörden und Arbeitgeberverbände das Problem weiterhin bagatellisieren. Bundesrat Johann Schneider-Ammann müsse endlich eine klare Sprache wählen und der Schweizerischen Nationalbank einen «vernünftigen» Wechselkurs von mindestens 1.40 Franken pro Euro nahelegen, forderte Rechsteiner. Die Nationalbank hat bereits im September eine Untergrenze des Euro-Wechselkurses auf 1.20 festgelegt. Das Problem des starken Frankens müsse von der Politik angegangen werden. Die Arbeitgeber könnten es nicht auf dem

Buckel der Arbeitnehmer lösen, sagte Rechsteiner. Laut dem SGB ist der Franken derzeit mit mehr als 20 Prozent überbewertet. Das führe zu einem Rückgang der Warenexporte und der Logiernächtezahlen ausländischer Gäste. Auch Pensionskassen dürften laut Gewerkschaftsangaben rund 20 bis 30 Mrd. Franken Buchverluste erlitten haben.

Finger weg von Arbeitnehmern

Löhne und Arbeitsplätze in der Schweiz seien damit gegenüber dem EU-Markt nicht mehr genügend geschützt. «Die flankierenden Massnahmen der bilateralen Verträge sind zu wenig scharf», sagte Rechsteiner. Schweizer Arbeitgeber und Bauherren seien heute stärker als vorher versucht, das niedrigere Lohnniveau in vielen Regionen Europas auszunützen, erklärte SGB-Chefökonom Daniel Lampart. Er

warnte vor mehr Arbeitslosen und tieferen Löhnen. «Wenn Firmen (billigere Ausländer) einstellen können, werden (teurere Inländer) ihre Stellen verlieren», erklärte er. Massnahmen wie Arbeitszeiterhöhung oder die Koppelung der Löhne an den Eurokurs machten das Arbeitsklima kaputt und brächten wirtschaftlich nicht viel, sagte Lampart. Dem SGB seien fast 100 Unternehmen bekannt, die solche Massnahmen angeordnet hätten. Dazu komme eine hohe Dunkelziffer. Die Gewerkschaften würden mit Klagen und Streiks gegen diese Firmen vorgehen. Die Lage der Schweizer Unternehmen verschlechtern würde zudem, dass viele Firmen ihre Ware im Ausland bezögen und ausländische Arbeiter für Aufträge in der Schweiz einsetzten. Damit könnten derzeit hohe Gewinne gemacht werden. Im Kampf gegen Lohndumping for-

dern die Gewerkschaften eine neue «Kontrolloffensive», die zusätzlich zu den bisherigen Kontrollen der Arbeitsbedingungen schwerem Gewicht die Neueinstellungen betrifft. Wenn nötig müssten diese Kontrollen über einen Sonderkredit finanziert werden. «Es kann nicht sein, dass der Bund die Kredite für die Kontrollen aus Spargründen plafoniert, wie dies geschehen ist», kritisierte Renzo Ambrosetti, Co-Präsident der Gewerkschaft Unia. Er forderte zudem Mindestlöhne und die Erhöhung der Bussen für Lohndumping. Auch auf staatlichen Baustellen würden vertragliche Mindestlöhne immer wieder drastisch unterschritten. Auf Grossbaustellen würden Subunternehmen teilweise Löhne von 3 Euro pro Stunde bezahlen. Hier müssten Bauherren und Generalunternehmer in die Pflicht genommen werden. (sda)